

Antrag

**der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u. a. CDU,
der Abg. Brigitte Lösch u. a. GRÜNE,
der Abg. Rita Haller-Haid u. a. SPD und
des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donauraum

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie die politische Partizipation von Frauen in den verschiedenen Donauraumländern nach ihrem Kenntnisstand bewertet und welche Initiativen zur Umsetzung von Chancengleichheit im Rahmen der Donauraumstrategie nach ihrer Kenntnis bestehen;
2. inwiefern ihr bekannt ist, welche Kenntnisse und Erfahrungen in den Donauraumländern in Sachen politische Partizipation von Frauen vorhanden sind und über welche Instrumente diese mit welchen Erfolgen befördert werden;
3. inwiefern ihr das fraktionsübergreifende Vorhaben der Parlamentarierinnen des Parlaments der Vojvodina, Serbien – gemeinsam mit Parlamentarierinnen aus Baden-Württemberg – ein Frauennetzwerk in der Donauregion zu gründen, um Chancengleichheit und Partizipation auf allen Ebenen zu befördern und umzusetzen bekannt ist und wie sie dieses ggf. aus ihrer Sicht bewertet;
4. welche Möglichkeiten sie hat, ein gemeinsames Frauennetzwerk im Donauraum konstruktiv zu begleiten, ggf. koordiniert mit den Exekutiven der anderen Donauraumstaaten;
5. in welchen Donauraumländern es nach ihrer Kenntnis bereits Ansätze von Frauennetzwerken gibt und wie ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donauraum dazu beitragen könnte, die politische Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der politischen Willensbildung zu fördern;

6. zu welchen Problemlagen und Themen es aus ihrer Sicht sinnvoll sein kann, dass ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaauraum gemeinsame Stellungnahmen und Lösungsansätze erarbeitet, zusätzlich zu den bereits identifizierten Bereichen der Zwangsprostitution, des Menschenhandels und der Anerkennung von Berufsqualifikationen;
7. welche Kooperationspartner und anderen Netzwerke, Stiftungen oder zivilgesellschaftliche Akteure es im Donaauraum gibt, mit denen ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen zusammenarbeiten könnte, um Konzepte zur Verbesserung der Situation von Frauen im ländlichen Raum im Hinblick auf Gesundheitsversorgung, Betreuung und Pflege alter Menschen, Kinderbetreuung, soziale Sicherheit und Erwerbsmöglichkeiten zu entwickeln, mit dem Ziel, die in Europa verbreitete Landflucht einzudämmen und die demokratische Partizipation von Frauen auf dem Lande zu verbessern;
8. inwiefern ihr bekannt ist, mit welchen EU-Programmen ein funktionsfähiges Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaauraum aufgebaut, gefördert und unterstützt werden könnte.

14. 11. 2014

Gurr-Hirsch, Dr. Reinhart CDU

Lösch, Böhlen, Frey GRÜNE

Haller-Haid, Grünstein, Hofelich SPD

Haußmann, FDP/DVP

Begründung

Bei Gesprächen im Zuge der Reise des Landtagsausschusses für Europa und Internationales nach Serbien und Griechenland wurde von Parlamentarierinnen des Parlaments der Vojvodina, Serbien, die Gründung eines Netzwerks von Frauenpolitikerinnen im Donaauraum angeregt. Wie die Landesregierung dieses Vorhaben bewertet, welche Erfahrungen zur vernetzten Zusammenarbeit von Frauen es in den Donaauraumstaaten bereits gibt, welchen Beitrag die Landesregierung ihrerseits zur Stärkung der Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit in den Ländern des Donaauraums leistet oder leisten kann, ob sie die Gründung eines Frauennetzwerks unterstützt, in welchen Bereichen und Themenfeldern ein solches frauenpolitisches Netzwerk von Vorteil wäre und wie entsprechende Maßnahmen und Projekte finanziert werden könnten, soll mit diesem Antrag erfragt werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2014 Nr. V-0147.Donau nimmt das Staatsministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren sowie dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung.

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sie die politische Partizipation von Frauen in den verschiedenen Donaupraumländern nach ihrem Kenntnisstand bewertet und welche Initiativen zur Umsetzung von Chancengleichheit im Rahmen der Donaupraumstrategie nach ihrer Kenntnis bestehen;

Die Landesregierung geht nicht davon aus, dass mit Bezug auf die Teilnahme an Wahlen und die damit verbundene politische Partizipation von Frauen im Donauraum nennenswerte spezifische Unterschiede zur Situation im gesamteuropäischen Vergleich bestehen. Generell gibt es aus Sicht der Forschung in der geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung höchstens marginale Unterschiede, da Frauen und Männer in etwa gleichermaßen an Wahlen partizipieren.

Etwas anders stellt sich die Situation der politischen Teilhabe von Frauen hinsichtlich des Zugangs zu politischen Mandaten und Ämtern dar; z. B. als Abgeordnete im Parlament oder als Regierungsmitglied. Politische Partizipation lässt sich darüber hinaus auch an vielen weiteren Faktoren messen, jedoch kann man davon ausgehen, dass die Anteile von Frauen in den Parlamenten und Regierungen eine erste und richtungweisende Auskunft über die Gesamtpartizipation geben kann. Bei der nachfolgenden Bewertung der politischen Partizipation von Frauen in den Ländern des Donaupraums wurde somit insbesondere der Anteil von Frauen in den nationalen und regionalen Parlamenten und Regierungen berücksichtigt.

Nach Kenntnisstand der Landesregierung sind Frauen in den Ländern des Donaupraums auf nationaler Ebene politisch vergleichsweise unterrepräsentiert. Sowohl in den Parlamenten als auch in den Regierungen stellen sie nie mehr als die Hälfte der Sitze bzw. Mitglieder. Auch im Vergleich zum Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten der EU schneidet der Gesamtdonauraum in Bezug auf den Frauenanteil im Parlament schlechter ab (ca. 28 % gegenüber 21,7 %). Außerdem ist eine breite Streuung festzustellen. So variiert der Anteil der Frauen in den Parlamenten je nach Land von ca. 10 % bis zu über 35 %. In den Regierungskabinetten ist die Streuung noch stärker ausgeprägt, da es hier teilweise überhaupt keine weiblichen Regierungsmitglieder gibt oder der Anteil sogar bei über 40 % in einigen Kabinetten liegt (siehe unter 1. und 2.).

Im Folgenden fasst eine Tabelle die Situation in den nationalen und regionalen (Baden-Württemberg und Bayern) Parlamenten der Partnerstaaten des Donaupraums zusammen:

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

1. Frauen in den Parlamenten im Donauraum

a. Anteil von Frauen im nationalen/regionalen Parlament¹:
(in Klammern Oberhaus/Senat)

	Sitze insg.	Frauen	Anteil
<i>vgl. Deutschland</i>	631	230	36,3 %
Slowenien	90 (40)	32 (3)	35,6 % (7,5 %)
Serbien	250	85	34,0 %
Österreich	183 (62)	59 (18)	32,2 % (29,0 %)
Bayern	180	53	29,4 %
Bulgarien	240	59	24,6 %
Kroatien	151	36	23,8 %
Bosnien-Herzegowina	42 (15)	9 (2)	21,4 % (13,3 %)
Baden-Württemberg	183	28	20,3 %
Tschechische Republik	200 (81)	39 (14)	19,5 % (17,3 %)
Moldawische Republik	101	19	18,8 %
Slowakei	150	28	18,7 %
Montenegro	81	12	14,8 %
Rumänien	407 (176)	55 (13)	13,5 % (7,4 %)
Ungarn	199	20	10,1 %
Donauraum gesamt	2.457 (374)	534 (50)	21,7 % (13,3 %)
<i>vgl. EU-28 Durchschnitt:</i>			27,9 %

Im parlamentarischen Bereich ist festzustellen, dass bei bikameralen Systemen der Frauenanteil im normalerweise wichtigeren Unterhaus stärker ist als im Oberhaus/Senat. Vor allem in Slowenien ist die Diskrepanz zwischen Unter- und Oberhaus bemerkenswert, wobei der Staatsrat (Oberhaus) eine Vertretung von Interessengruppen ist und sich im Wege des allgemeinen Wahlrechts zusammensetzt.

Ebenso ist feststellbar, dass der Anteil von Frauen der Donauländer unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments höher ist als in den nationalen Parlamenten. Mitunter werden Anteile von 44 bis 50 % erreicht. Diese Zahlen konnten naturgemäß nur für die EU-Mitgliedstaaten des Donauraums erhoben werden.

¹ <http://ipu.org/wmn-e/classif.htm> zuletzt aufgerufen am 17. November 2014. Datenbank der Inter-Parliamentary Union zum Frauenanteil in Parlamenten weltweit.

b. Anteil von Frauen vertreten im EU-Parlament²:

	Sitze insg.	Frauen	Anteil
Für Deutschland aus Bayern	12	6	50 %
Kroatien	11	5	45,4 %
Österreich	18	8	44,4 %
Slowenien	8	3	37,5 %
<i>vgl Deutschland</i>	<i>96</i>	<i>35</i>	<i>36,4 %</i>
Bulgarien	16	5	31,2 %
Slowakei	13	4	30,7 %
Rumänien	32	9	28,1 %
Für D. aus Baden-Württemberg	11	3	27,3 %
Tschechische Rep.	21	5	23,8 %
Ungarn	21	4	19,0 %

c. Weibliche Parlamentspräsidentinnen

Darüber hinaus gibt es mit Doris Bures und Ana Blatnik im österreichischen Unter- bzw. Oberhaus, sowie mit Maja Gojkovic in Serbien und Barbara Stamm in Bayern weibliche Parlamentspräsidentinnen.

Die Situation von Frauen in den Regierungen der Länder des Donauraums stellt die folgende Tabelle dar:

2. Frauen in den Regierungen

- a. Weibliche Kabinettsmitglieder in den nationalen/regionalen Regierungen³:
(Regierungschefinnen/Regierungschefs, stellv. Regierungschefinnen/Regierungschefs, Minister/-innen mit und ohne Portfolio; ohne Staatssekretärinnen/Staatssekretäre bis auf Baden-Württemberg)

² <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/map.html> zuletzt aufgerufen am 17. November 2014.

³ siehe hierzu die offiziellen Webseiten der einzelnen Regierungen, zuletzt aufgerufen am 18. November 2014. Kein Anspruch auf Vollständigkeit.

	Kabinettsmitglieder	davon Frauen	Anteil
Bayern	12	5	41,6 %
Slowenien	15	6	40 %
Baden-Württemberg ⁴	15	6	40 %
Bulgarien	21	7	33,3 %
Moldawische Republik	19	6	31,6 %
Österreich	14	4	28,5 %
Serbien	19	4	21 %
Kroatien	21	4	19 %
Tschechische Republik	16	3	18,7 %
Rumänien	16	3	18,7 %
Montenegro	19	3	15,8 %
Bosnien-Herzegowina	17	1	5,9 %
Ungarn	11	0	0
Slowakei	15	0	0
Donauraum gesamt	230	52	22,6 %

b. Häufigste Ressorts (und/oder):

Arbeit/Soziales/Familie/Jugend/Sport	8x
Umwelt/Landwirtschaft/Tourismus	6x
Europa/regionale Entwicklung/Infrastruktur/Verkehr	6x
Bildung/Wissenschaft	5x
Gesundheit	3x
Kultur	2x

Weitere Ressorts:

Staatsministerium/-kanzlei	Baden-Württemberg, Bayern
Wirtschaft- und Energie	Bayern, Bulgarien (nur Energie)
Äußeres	Moldawische Rep.
Verteidigung	Montenegro
Inneres	Slowenien, Österreich

b. Frauen in der EU-Kommission (ab 2014) aus dem Donauraum⁵:

Bulgarien mit Kristalina Georgiewa (Haushalt und Personal), Rumänien mit Corina Crețu (Regionalpolitik), Slowenien mit Violeta Bulc (Verkehr und Weltraum) sowie die Tschechische Rep. mit Věra Jourová (Justiz, Verbraucher und Gleichstellung) entsandten jeweils eine Frau in die neue EU-Kommission.

⁴ unter Einbeziehung einer Staatsrätin und einer Staatssekretärin mit Kabinettsrang

⁵ http://ec.europa.eu/commission/2014-2019_de zuletzt aufgerufen am 19. November 2014.

Eine allgemeine und eindeutige Tendenz hin zu einer verstärkten politischen Partizipation von Frauen im Donauraum lässt sich nur schwer feststellen. So hat beispielsweise Slowenien nicht nur den höchsten Frauenanteil im nationalen Parlament, sondern auch den zweithöchsten Frauenanteil im Vergleich der Regierungen. In Bulgarien ist andererseits nur jede vierte Abgeordnete weiblich, dafür ist jedes dritte Regierungsmitglied eine Frau. Ähnlich wie in Österreich ist in Serbien mit 34% der Frauenanteil im Parlament vergleichsweise hoch und im Kabinett hingegen eher niedrig (4 von 19, zum vgl. Österreich 4 von 14).

Auf der anderen Seite des Spektrums mit Blick auf die politische Partizipation von Frauen im Donauraum in Ämtern und Mandaten liegen Länder wie Ungarn oder Bosnien-Herzegowina. Ungarn hat sowohl im nationalen Parlament, in der Regierung und im EU-Parlament die niedrigsten Frauenanteile. Nur jeder zehnte Parlamentssitz ist weiblich besetzt; zudem hat Ungarn, ebenso wie die Slowakei, keine einzige Frau in die Regierung einberufen (wobei das slowakische Kabinett um vier – männliche – Mitglieder größer ist).

Die der Landesregierung bekannten Initiativen zur Umsetzung von Chancengleichheit im Rahmen der Donauraumstrategie (EUSDR) sind unter 2. dargestellt.

2. inwiefern ihr bekannt ist, welche Kenntnisse und Erfahrungen in den Donauräumländern in Sachen politische Partizipation von Frauen vorhanden sind und über welche Instrumente diese mit welchen Erfolgen befördert werden;

Die Landesregierung verfügt in Sachen politischer Partizipation von Frauen in erster Linie über Kenntnisse zu Instrumenten im Rahmen der EU Strategie für den Donauraum. In der EUSDR sieht der Schwerpunktbereich „Menschen und Qualifikationen“ (PA 9) unter anderem das Arbeitsfeld „To promote gender equality on the labour market, especially in payment“ (WA 8) vor. Nach Auskunft des zuständigen Kultusministeriums sind innerhalb dieses Arbeitsfeldes bislang jedoch keine Projekte der beteiligten Donaurainerstaaten im Bereich der politischen Partizipation eingebracht worden. Der Schwerpunktbereich PA 9 wird geleitet vom österreichischen Ministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und vom österreichischen Ministerium für Bildung und Frauen.

Aus dem Kontext der EUSDR sind zwei Netzwerkprojekte bekannt, die sich innerhalb der Strategie mit Fragen der Förderung der politischen Partizipation von Frauen befassen. Zunächst zu nennen ist das Projekt „Business and Professional Women – Danube Net“ (<http://www.bpw-danubenet.org>). Dies ist ein Netzwerk von Geschäftsfrauen in den Donauländern. Das Netzwerk wurde 2005 gegründet als Plattform für den Austausch von Ideen, Meinungen und Informationen in den Bereichen Arbeit, Unternehmen und Kultur. Das Netzwerk verfolgt folgende Ziele: Einen Beitrag zu leisten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Donau-region, die Schaffung einer Plattform für die Kooperation in der Donauregion, das Eröffnen neuer Unternehmensmöglichkeiten, das Teilen von beruflicher Expertise und Erfahrungen, interkultureller Austausch, das Sammeln länderspezifischen Wissens und kultureller Austausch. Der BPW Germany Club Regensburg e. V. (<http://www.bpw-regensburg.de>) ist der Regensburger Club des internationalen Frauennetzwerks „BPW Business and Professional Women Germany e. V.“. Ein Beispiel für deren Aktivitäten war das „9. BPW Danube Net Businesswomen Forum“ unter dem Themenkreis „Macht, Erfolg, Prosperität, Frauen kreieren ein neues Europa“, das am 7./8. November 2014 u. a. mit Beteiligung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft in Regensburg stattfand.

Das zweite Projekt FemCities (<http://www.femcities.at/004/Home>) ist ein Städte-netzwerk von Fachverwaltungsstellen zum Thema Gleichstellung, das auch offen für assoziierte Partnerinnen und Partner ist, für Nichtregierungsorganisationen gleichermaßen wie für Regierungsstellen. Innerhalb von FemCities gibt es einen Schwerpunkt „FemCities Danube Region“. „FemCities Danube Region“ soll – im Rahmen der EU Strategie für den Donauraum und aufbauend auf den bereits bestehenden Strukturen im Rahmen des FemCities Netzwerkes – die Kooperation und Vernetzung der Frauen- und Gleichstellungspolitik zwischen den Donauländern auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bis Ende 2016 fördern.

Weitere Netzwerke werden unter Punkt 5. vorgestellt.

3. *inwiefern ihr das fraktionsübergreifende Vorhaben der Parlamentarierinnen des Parlaments der Vojvodina, Serbien – gemeinsam mit Parlamentarierinnen aus Baden-Württemberg – ein Frauennetzwerk in der Donauregion zu gründen, um Chancengleichheit und Partizipation auf allen Ebenen zu befördern und umzusetzen bekannt ist und wie sie dieses ggf. aus ihrer Sicht bewertet;*

Das Vorhaben der Parlamentarierinnen des Parlaments der autonomen Provinz Vojvodina, Serbien, gemeinsam mit Parlamentarierinnen aus Baden-Württemberg ein Frauennetzwerk in der Donauregion zu gründen, ist der Landesregierung grundsätzlich bekannt.

Das Frauennetzwerk serbischer Parlamentarierinnen im Nationalparlament, welches im Februar 2013 eingerichtet wurde, und das im Dezember desselben Jahres im Parlament der Vojvodina eingerichtete Frauennetzwerk verbinden sicherlich interessante Ansätze zur Förderung von Chancengleichheit und Partizipation von Frauen auf den verschiedenen politischen Ebenen. Die Landesregierung verfügt nicht über ausreichende Informationen zur Arbeit dieser noch relativ neuen Initiative, um das volle Potenzial auch über einen längeren Zeitraum hinweg bewerten zu können.

Generell ist dazu aber anzumerken: Der Aufbau von Frauennetzwerken ist zu befürworten. Die in Baden-Württemberg vorliegenden einschlägigen Erfahrungen, etwa mit dem Landesfrauenrat und anderen politischen Frauenorganisationen und Frauennetzwerken, werden positiv bewertet. Die Netzwerke können und sollen staatliches Handeln und politische Entscheidungen kritisch-konstruktiv begleiten, sachliche Kritik üben, aber auch Anregungen zu einer Weiterentwicklung der politisch-partizipativen Strukturen und anderen Themen geben. Sie stellen zudem wichtige Handlungsfelder einer lebendigen Demokratie dar, die es generell zu stärken gilt.

Eine Verbindung der serbischen Netzwerke mit Abgeordneten des baden-württembergischen Landtages stärkt darüber hinaus sicherlich die bereits bestehenden Beziehungen zur Region und vertieft die interparlamentarische Zusammenarbeit. Das Vorhaben ist deswegen aus Sicht der Landesregierung in jeden Fall grundsätzlich zu begrüßen.

4. *welche Möglichkeiten sie hat, ein gemeinsames Frauennetzwerk im Donauraum konstruktiv zu begleiten, ggf. koordiniert mit den Exekutiven der anderen Donaumaarstaaten;*

Mit der auch auf Betreiben des baden-württembergischen Landtags entstandenen Konferenz der Donau-Parlamentarier besteht eine Plattform, die aus Perspektive der Landesregierung sehr gut geeignet ist, um auch eine Vertiefung und Vernetzung auf Ebene der Politikerinnen voran zu treiben. Die Landesregierung kann sich ihrerseits bemühen, in Anlehnung an die Gemeinsame Erklärung der Donau-Parlamentarier-Konferenz, die im Oktober 2014 in Budapest unterzeichnet wurde und die auch der Landtag maßgeblich mit beeinflusst hat, in Rücksprache mit der EU-KOM das Anliegen im Rahmen seines Vorsitzes innerhalb der EUSDR im kommenden Jahr einzubringen und soweit möglich zu begleiten. Nichtsdestotrotz bleibt hier aber das Engagement der Parlamente entscheidend.

Eine engere Einbindung der Exekutive der anderen Donaumaarstaaten müsste ggf. über den zuständigen Prioritätsbereich 9 (Investitionen in Menschen und Qualifikationen) der Strategie erfolgen (siehe auch Punkt 2.). Dieses Anliegen könnte wiederum über das baden-württembergische Mitglied in der Steuerungsgruppe in die PA 9 eingebracht werden.

5. in welchen Donaupraumländern es nach ihrer Kenntnis bereits Ansätze von Frauennetzwerken gibt und wie ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaupraum dazu beitragen könnte, die politische Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der politischen Willensbildung zu fördern;

Es gibt nach der Kenntnislage der Landesregierung in nahezu jedem Land des Donaupraums Frauennetzwerke, Stiftungen oder Dachorganisationen, die sich für die Rechte und Belange von Frauen und für Geschlechtergleichheit einsetzen (siehe hierzu auch die nachfolgende tabellarische Zusammenfassung). Zur Zeit der Blockkonfrontation herrschte in den sozialistischen Ländern des Donaupraums eine relativ starke formale Repräsentation der Frauen in der Politik, die aber nicht den tatsächlichen politischen Machtverhältnissen entsprach. Mit der Demokratisierungswelle in den 90er-Jahren – einem Zeitraum, der in der Genderforschung als „Demokratie der Männer“ bezeichnet wird – eröffneten sich für Frauen neue Partizipationsmöglichkeiten, die aber erst nach und nach zu erfolgreicher Teilhabe an der politischen Willensbildung führten. In diesem Zeitraum wurden aus der Zivilgesellschaft heraus auch die ersten Netzwerke und NGOs gegründet.

Neben den wenigen internationalen und regionalen Netzwerken, die sich v. a. erst in jüngster Zeit entwickelt haben, sind nationale Vereinigungen und Lobbygruppen vorherrschend, wie z. B. in der Slowakei, in Tschechien, Ungarn, Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Diese Netzwerke sind als Dachverbände zu sehen und decken ein breites Themenspektrum ab. Vorrangig dienen sie als Plattform verschiedenster NGOs, Gruppen, staatlicher Akteure und Individuen. Sie betreiben Lobbyarbeit in den Bereichen Frauenrechte, Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt sowie in der Politik, Schutz von Frauen vor Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung u. a. (siehe Übersicht).

Darüber hinaus gibt es eine Anzahl von nationalen sowie regionalen Netzwerken, die sich grundsätzlich für das sogenannte „empowerment“ (Stärkung des Einflusses) von Frauen in der Politik und der Wirtschaft einsetzen. Zu nennen seien hier exemplarisch das BPW Danube Net und das PWN-Romania, die sich in erster Linie an Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte richten. Unterstützung von Frauen, um an der politischen Willensbildung teilzuhaben, leisten z. B. das Netzwerk weiblicher Abgeordneter im serbischen Parlament (siehe auch 3.) sowie das WDN in der Moldawischen Republik. Die Regional Women's Lobby beschränkt sich bei der Durchsetzung der politischen Teilhabe von Frauen auf die Themen Frieden und Sicherheit.

Festzuhalten ist, dass der Friedens- und Sicherheitsaspekt eine starke Rolle für Frauenorganisationen und -netzwerke auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens spielt. Neben der bereits genannten RWL setzt sich das Frauennetzwerk in Bosnien explizit gegen Militarismus ein und die Belgrader Gruppe der „Women in Black“ ist für ihren Einsatz in diesem Gebiet weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Einen weiteren Schwerpunkt der Netzwerke stellen die sexuelle Ausbeutung und der Menschenhandel dar, welche vor allem (aber nicht ausschließlich) in den osteuropäischen Ländern wie der Slowakei, Tschechien und Ungarn stark thematisiert werden. Ein neu zu gründendes Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaupraum könnte sicherlich davon profitieren, die bereits bestehenden Strukturen in deren Konzeption zu berücksichtigen, um die schon vorhandenen Potenziale auf nationaler oder regionaler Ebene besser einzubinden. Häufig beschränkt sich die Strahlkraft dieser Netzwerke in der regionalen oder nationalen Dimension; wünschenswert und wichtig wäre auch eine Internationalisierung des Erfahrungsaustauschs der engagierten Frauen.

Übersicht: Verschiedene Frauennetzwerke im Donauraum (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Räumliche Aktivität	Name	Internetlink	Tätigkeit und Besonderes
Europaweit	Central and Eastern Network for Gender Issues	http://www.euroforum.net/gender_network	Netzwerk zur Unterstützung von Mitte-Links-, progressiven und sozialdemokratischen Parteien bei der Durchsetzung von Politiken und Programmen, die Frauenrechte stärken und Geschlechtergleichheit fördern. Starker Fokus auf Ost- und Südosteuropa mit Regionalbüros in Budapest, Ljubljana und Zagreb. Unterstützt u.a. von der Partei Europäischer Sozialisten und der S&D-Fraktion des EU-Parlaments.
Donauraum	Business and Professional Women – BPW Danube Net	http://www.bpw-danubenet.org/	Netzwerk für Unternehmerinnen des Donauraums, gegründet 2005. Dient als Plattform zum Austausch von Ideen, Meinungen und Informationen zu den Themen Arbeit, Geschäft und Kultur.
	FemCities Danube Region	http://www.femcities.at/004/DanubeRegion	Projekt im Zeitraum von 2011 bis Ende 2016. FemCities wurde 1997 als Plattform für Erfahrungsaustausch und Kooperation im Bereich regionaler und lokaler Frauenpolitik von der Stadt Wien gegründet und richtet sich in erster Linie an staatliche Verwaltungseinheiten.
Westbalkan (mit Albanien, Kosovo, Mazedonien)	Regional Women's Lobby for Peace, Security and Justice	http://www.rwlsee.org/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=2&lang=en	2008 gegründet. Bekämpft die Marginalisierung von Frauen in der Entscheidungsfindung insb. im Bereich von Frieden und Sicherheit in der Region. Betreibt Lobbyarbeit zur Förderung von Frauenrechten und ihrer Beteiligung am pol. Prozess.
Slowakei	Aliancia žien Slovenska/ Allianz der Frauen Slowakei	https://alianciazien.wordpress.com/deutsch/	Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen der rechtlichen Stellung von Frauen, häusliche Gewalt, Frauenhandel und der allg. Situation von Frauen in der Slowakei (mit Analysen, Berichten, Publikationen etc.)

Räumliche Aktivität	Name	Internetlink	Tätigkeit und Besonderes
Tschechische Republik	Kongres Žen/ Women's Congress	http://www.kongreszen.cz/component/content/article/18	Das Netzwerk vereinigt Organisationen, Institutionen und Individuen aus dem öffentlichen und privaten Sektor und dient als Plattform für alle Belange von Frauen in Tschechien. Der nächste Jahreskongress findet im Juni 2015 statt und hat „Frauen und Medien“ als Leitthema.
	Češka ženska lobby/Czech Women's Lobby	http://www.czlobby.cz/en/about-us/	Vereint NGOs, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen und betreibt Lobbyarbeit zu den Fragen wie Abtreibung, Prostitution, Menschenhandel, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in pol. Ämtern u.v.m.
Ungarn	MONA, Foundation for the Women of Hungary	http://www.aretusa.net/index.php/associates/16-mona-foundation-for-the-women-of-hungary-hungary.html	Gegründet 1992. Fokus auf Geschlechtergleichheit, insbesondere in der Politik und dem Arbeitsmarkt, sowie auf häusliche Gewalt, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.
Rumänien	Professional Women's Network Romania	http://www.pwnromania.ro/	2011 eingerichtet. Plattform für berufstätige Frauen und weibliche Führungskräfte zur professionellen Weiterentwicklung durch Mentorenprogramme, Workshops, Wissenstransfer etc.
Bulgarien	Bulgarian Fund for Women/ Bulgarischer Fonds für Frauen	http://www.bgfundforwomen.org/	Der Fund ist eine unabhängige Organisation, die sich um Beschaffung von Ressourcen für die Etablierung und Stärkung von Frauenrechtsorganisationen kümmert. Sie wollen Diskriminierung in der Gesellschaft möglichst auf allen Ebenen und in seinen Ausformungen bekämpfen.
Bosnien-Herzegowina	Ženska Mreža Bosna i Hercegovina/ Women's Network BiH	http://zenskamreza.ba/en/about-us/	Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft und Individuen, die sich für die Rechte der Frauen und Geschlechtergleichheit einsetzen und gegen Diskriminierung, Gewalt und Militarismus ankämpfen. Aufnahme der Arbeit im September 2009 und offiziell eingerichtet im Juli 2014.

Räumliche Aktivität	Name	Internetlink	Tätigkeit und Besonderes
Serbien	Parlamentarisches Frauennetzwerk		Netzwerk von weiblichen Abgeordneten im Nationalparlament Serbiens, eingerichtet im Februar 2013. Im Dezember folgte ein Netzwerk im Parlament der autonomen Provinz Vojvodina. Im Februar 2015 soll eine Regionalkonferenz in Serbien mit weiblichen Abgeordneten aus ganz Südosteuropa stattfinden.
	Women in Black – Belgrade als Teil des International Network of Women in Black	http://zeneucrnom.org/index.php?option=com_content&task=view&id=5&Itemid=23	Anti-Kriegs-NGO mit israelisch-palästinensischem Ursprung. Die Gruppe in Belgrad hat sich durch die Organisation von 9 der 11 internationalen Konferenzen verdient gemacht und nahm 2001 den allerersten Millenium Peace Prize der UNIFEM (UN-Behörde für Frauen) im Namen des Gesamtnetzwerkes entgegen. Im selben Jahr wurden die Gruppen in Belgrad und Israel von skandinavischen Parlamentariern für den Friedensnobelpreis nominiert.
Montenegro	ŽENSKA MREŽA SSCG/ Frauennetzwerk des Gewerkschaftsverbands Montenegro	http://www.sindikati.me/sindikati-clanice/108-nekategorisano/237-zenska-mreza-sscg (auf montenegrinisch)	Netzwerk von Gewerkschafterinnen innerhalb des montenegrinischen Gewerkschaftsverbands. Setzt sich für eine stärkere pol. Teilhabe von Frauen in den Gewerkschaften ein und darüber hinaus im Allgemeinen für eine Besserstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
Moldawische Republik	Women's Democracy Network: Country Chapter Moldova	http://www.wdn.org/discover-our-programs/country-chapters/moldova	Fördert und unterstützt Frauen dabei, politische Ämter und Positionen der pol. Entscheidungsfindung zu besetzen. Verbindet Akteure aus der Politik, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

6. zu welchen Problemlagen und Themen es aus ihrer Sicht sinnvoll sein kann, dass ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donauraum gemeinsame Stellungnahmen und Lösungsansätze erarbeitet, zusätzlich zu den bereits identifizierten Bereichen der Zwangsprostitution, des Menschenhandels und der Anerkennung von Berufsqualifikationen;

Aus Sicht der Landesregierung könnten zusätzlich zu den bereits genannten Bereichen gemeinsame Stellungnahmen, Veranstaltungen oder Projekte von Frauenpolitikerinnen im Donauraum zu den Themen Altenpflege, Situation von Frauen einer Minderheit wie bspw. der Sinti und Roma, Unternehmertum oder wissenschaftliche Karrieren erarbeitet werden.

Das Thema Altenpflege ist zunächst kein spezifisches Frauenthema. Dennoch sind Frauen überdurchschnittlich stark von nicht vorhandenen Pflegeangeboten betroffen. Dies trifft Frauen umso härter, wenn zudem noch ein finanzieller Druck besteht, den Angehörigen pflegen oder unterstützen zu müssen. Im Donauraum wird dieser Aspekt zudem noch durch Abwanderungsbewegungen einerseits vom Land in die großen Städte; andererseits aus den östlichen Ländern des Donauraums nach Mittel- und Westeuropa verschärft. Zurück bleiben häufig ältere Menschen, ohne dass jedoch ausreichend angemessene Pflegeangebote vorhanden wären.

Frauen, die der Gruppe der Sinti und Roma angehören, sind eine der am stärksten diskriminierten Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Donauraums. Eine erfolgreiche Integration dieser Gruppe in die Gesellschaft würde die Basis für die Integration nachkommender Generationen und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen. Es böte sich an, auch dieses Thema weiterhin in der Netzwerkarbeit zu vertiefen.

Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich sind Frauen im Donauraum gegenüber Männern benachteiligt. Die Förderung und Unterstützung von Frauen als Unternehmerinnen kann zu einer neuen Arbeits- und Wirtschaftskultur führen, in der Frauen als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe betrachtet werden und zum Wohlstand des Donauraums beitragen. Gleiches gilt auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung.

7. welche Kooperationspartner und anderen Netzwerke, Stiftungen oder zivilgesellschaftliche Akteure es im Donauraum gibt, mit denen ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen zusammenarbeiten könnte, um Konzepte zur Verbesserung der Situation von Frauen im ländlichen Raum im Hinblick auf Gesundheitsversorgung, Betreuung und Pflege alter Menschen, Kinderbetreuung, soziale Sicherheit und Erwerbsmöglichkeiten zu entwickeln, mit dem Ziel, die in Europa verbreitete Landflucht einzudämmen und die demokratische Partizipation von Frauen auf dem Lande zu verbessern;

Über die unter 2. und 5. genannten Netzwerke und Strukturen hinaus sind der Landesregierung einige Kooperationspartner bekannt, die sich mit Blick auf eine Zusammenarbeit in den oben genannten Bereichen eignen würden.

Nach Auskunft des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz besteht eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Verwaltungen (z. B. Kroatien, Ungarn) und Frauenverbänden (z. B. Österreich), um Einkommensperspektiven für Frauen im ländlichen Raum zu suchen, mit dem Ziel, der Landflucht insbesondere junger Frauen entgegenzuwirken.

Ein Netzwerk von Frauenpolitikerinnen könnte insbesondere mit dem Deutschen Frauenrat bzw. dem Landesfrauenrat und den unter diesem Dach vertretenen zahlreichen Frauenorganisationen und -verbänden zusammenarbeiten, um geeignete Konzepte zu entwickeln, mit dem Ziel, der in Europa verbreiteten Landflucht mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen und die demokratische Partizipation von Frauen auf dem Lande zu verbessern.

Aus den zahlreichen Projekten der Baden-Württemberg Stiftung in Südosteuropa ist auch ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Stiftungen mit teils kirchlichem Hintergrund aus Baden-Württemberg hervorgegangen, die in den Donauländern karitativ arbeiten. An den regelmäßig stattfindenden Treffen des Netzwerks nehmen auch das StM, das SM und die Baden-Württemberg Stiftung teil. Unter den dort versammelten Projektträgern besteht viel praktisches Erfahrungswissen in Themenfeldern wie der Betreuung älterer Menschen im ländlichen Raum oder der Jugendarbeit in den Donauländern. Es wird gezielt auch mit entstehenden sozialen Verbandsstrukturen etwa in Bulgarien und Rumänien zusammengearbeitet. Die Baden-Württemberg Stiftung fördert darüber hinaus ein kleines Projekt des Vereins AMICA e. V., der im bosnischen Tuzla ein Projekt in der psychosozialen Betreuung und Stärkung von Frauen im ländlichen Raum umsetzt.

Die baden-württembergischen Akteure kooperieren ihrerseits mit dem sog. „Danube Civil Society Forum“ als einer Art Organisationseinheit für die Zivilgesellschaft im Rahmen des Prioritätsbereichs 10 der EUSDR (Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Kooperation). Die verschiedenen genannten Netzwerke stünden sicherlich für einen Erfahrungsaustausch zur Entwicklung von Konzepten bereit.

8. inwiefern ihr bekannt ist, mit welchen EU-Programmen ein funktionsfähiges Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaauraum aufgebaut, gefördert und unterstützt werden könnte.

Konkrete EU-Programme zum Aufbau funktionsfähiger Netzwerke von Frauenpolitikerinnen sind der Landesregierung nicht bekannt. Generell liegen keine Informationen zu bestehenden Fonds vor, die speziell für die Netzwerkarbeit von Politikerinnen und Politikern konzipiert sind, unabhängig vom Donaauraum.

Auch ist aus Sicht der Landesregierung unklar, welche Organisationen für ein solches Netzwerk rechtlich als Antragsteller, Projektträger und Konsortialpartner im Sinne der EU-Programme fungieren könnten. Ein entsprechender Projektansatz müsste sicherlich näher konkretisiert werden, um mögliche Programme eingrenzen zu können.

Meist ist der Bereich der Frauenförderung als Querschnittsthema in den verschiedenen EU-Programmen enthalten. So werden beispielsweise im Rahmen der Forschungsförderung in Horizon2020 unter dem Akronym GERI (Gender Equality in Research and Innovation) laufend Ausschreibungen zur Förderung von Frauen im Bereich der Forschung ausgeschrieben, ähnliches gilt für andere Programmlinien. Ab 2015 wird aus Mitteln der europäischen territorialen Zusammenarbeit mit dem Interreg B Programm Donaauraum erstmals ein eigenes Förderprogramm zur Verfügung stehen, das räumlich auf den Donaauraum zugeschnitten ist. Dieses ist für die Jahre bis 2020 mit einem Budget von ca. 200 Mio. Euro an EU-Fördermitteln ausgestattet. Geplant sind im Programm vier Prioritätsachsen (Innovation; Umwelt und Kultur; Verkehr/Anbindung; Governance). Das Programm steht vor der Herausforderung, zum einen die in der neuen Förderperiode geforderte thematische Konzentration darzustellen und zum anderen die EUSDR insgesamt zu unterstützen. Reine Netzwerkbildung, beispielsweise im hier genannten Bereich der Frauenpolitikerinnen, ist nicht explizit als eigener Förderschwerpunkt genannt.

Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten